



Bericht und Beschlussempfehlung

des Wirtschaftsausschusses

Für alle Jugendlichen einen erfolgreichen Start ins Berufsleben organisieren

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/401

Der Landtag hat dem Wirtschaftsausschuss durch Plenarbeschluss am 19. März 2010 den oben genannten Antrag Drucksache 17/401 zur Beratung überwiesen.

Der Ausschuss befasste sich in seinen Sitzungen am 21. April und am 12. Mai 2010 mit der Vorlage. Der Wirtschaftsausschuss empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE, den Antrag in folgender Fassung anzunehmen:

Für alle Jugendlichen einen erfolgreichen Start ins Berufsleben organisieren

Der Landtag unterstützt die Landesregierung darin, das Bündnis für Ausbildung 2010 unter Berücksichtigung folgender Ziele fortzusetzen:

- Evaluierung der Maßnahmen, die die Förderung des Übergangs von der Schule in die Arbeitswelt beinhalten, sowie darauf aufbauend gegebenenfalls eine Weiterentwicklung und Bündelung der bisherigen Maßnahmen mit dem Ziel, das bereits hohe Unterstützungs- und Beratungsangebot in Schleswig-Holstein zu sichern.
- Fortsetzung der bisherigen Anstrengungen mit der Flexiblen Übergangsphase.
- Weitere Zusammenarbeit von Schulen und Betrieben, um mehr Jugendlichen einen direkten Übergang in eine Berufsausbildung zu ermöglichen. Dabei sollen insbesondere die Optimierung der Berufsorientierung und die Verbesserung der Ausbildungsreife erfolgen.

- Fortsetzung von Maßnahmen, um die immer noch hohe Anzahl von Altbewerberinnen und Altbewerbern in eine Ausbildung zu vermitteln. Gleichzeitig soll präventiv darauf hingewirkt werden, dass möglichst viele Jugendliche eines Ausbildungsjahres, die noch keinen Ausbildungsplatz gefunden haben, sich an der Nachvermittlungssaktion beteiligen.
- Erhöhung der Ausbildungsbereitschaft von Unternehmen und Betrieben, bei denen weiterhin für Einstiegsqualifizierungen und -praktika für benachteiligte Jugendliche geworben werden soll, um diesen eine Ausbildung zu vermitteln.
- Weitere Nutzung überbetrieblicher Ausbildungen als Möglichkeit für kleine Betriebe.
- Ergänzung des dualen Systems durch das Ausbildungsangebot der Beruflichen Schulen im vollzeitschulischen Bereich. Der Bedarf und die Möglichkeiten sollten in Abstimmung mit der Wirtschaft ermittelt werden. Die Qualität und Unterrichtsversorgung an den Beruflichen Schulen soll sichergestellt werden.
- Weitere Erhöhung der Quantität und Qualität von Ausbildungsmöglichkeiten im Bereich von Pflege- und Erziehungsberufen.
- Weitere Förderung von Teilzeitausbildungen, die vor allem Alleinerziehenden einen Ausbildungsabschluss ermöglichen.

Der Landtag begrüßt die Organisation und Durchführung von regionalen Ausbildungsmessen, um damit Informationsangebote für Ausbildungsplatzsuchende über die gesamte Bandbreite von Ausbildungsmöglichkeiten zu unterbreiten.

Hans-Jörn Arp
stellv. Vorsitzender